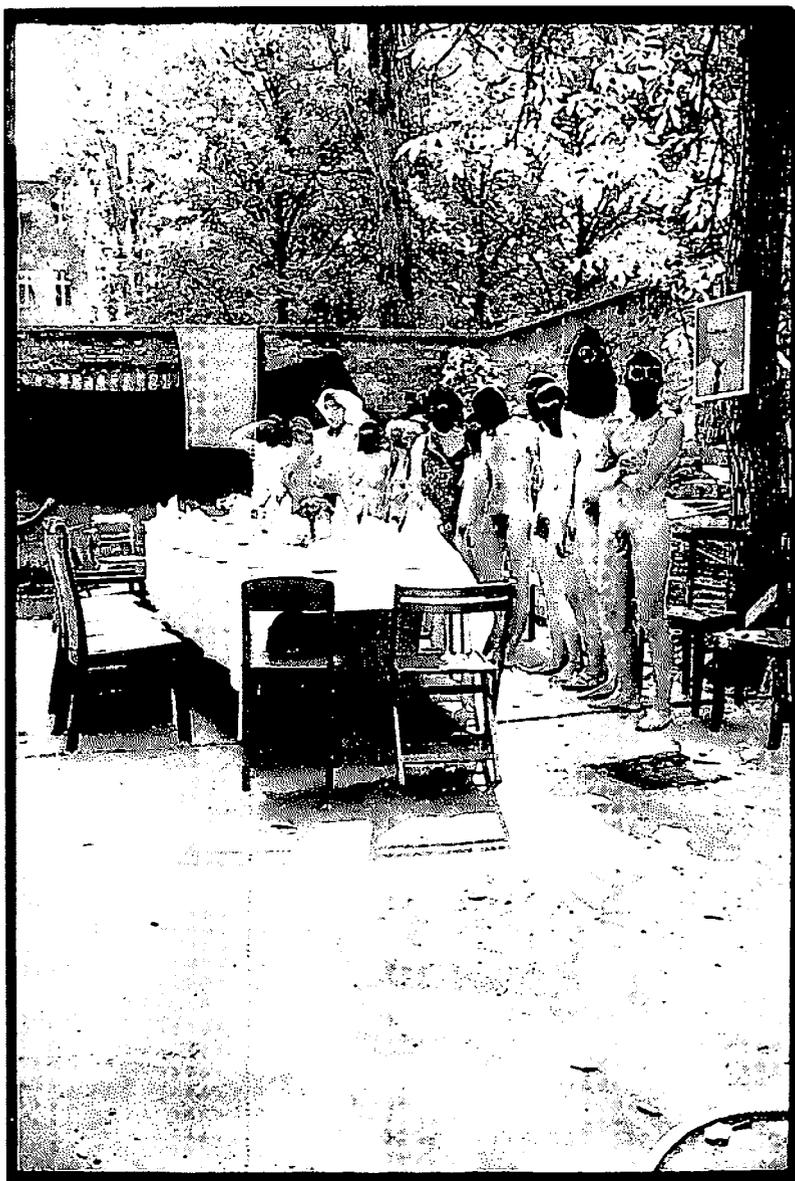


KAPITEL 5



Legendärer Tisch der Kommune I in der Mainzer Straße 1990 Foto: Umbruch

bewertete ich geschlechtsspezifische Eklats deutlich über, und die „schrittweisen, kleinen inneren Veränderungen kommen dann nicht vor.“ Für andere kam langjährig Unverarbeitetes zu diesen Ereignissen wieder hoch, dadurch wurde ich manchmal zur Zielscheibe für Altlasten der Kommune. Für die einen formulierte ich zu männerorientiert und zu beschwichtigend, für die anderen zu einseitig feministisch, für die dritten zu resignativ. Offensichtlich wurde, wie schwer es ist, sich diesem heiklen Thema für viele akzeptabel zu nähern. Aber auch die Angst wurde formuliert, daß ein zu negatives Bild über uns entsteht und daß insbesondere Frauen „möglicherweise einen großen Bogen um diese Kommune machen“ würden. Das denke ich nicht. Im Gegenteil, ich glaube, daß es eher anregend ist, zu sehen, wie ernsthaft sich viele KommunardInnen bemühen, in der Geschlechterproblematik weiterzukommen, auch wenn und gerade weil es nicht einfach ist. In diesem Sinne verstehe ich diesen Beitrag eher als „Aufmacher“ und schließe mich dem Kommentar eines Kommunarden zu diesem Text an: „Ich finde uns gar nicht so schlecht, zumindest in Relation zu anderen Gruppen, die so nah aufeinander leben.“



Wegen der Brisanz des Themas für die Kommune entscheidet sich diese erstmals in ihrer Geschichte für den Einsatz von SupervisorInnen. Daraufhin finden die Klausurtagung zu einem Drittel der Zeit geschlechtergetrennt statt. Der Verlauf der Tage wird von den meisten KommunarInnen wiederum als hilfreich und verständnisfördernd erlebt, aber nicht als Durchbruch oder grundsätzlich klärend. Unterschiedliche Sichtweisen bleiben bestehen.

Fünf zum Teil langjährige KommunarInnen entscheiden sich im November/Dezember 1994 gleichzeitig, aber unabhängig voneinander, zu einer vorläufigen oder endgültigen Trennung von der Kommune. Dies ruft zum Teil größere Irritationen in der Kommune hervor.

Während eines Kommunetreffens macht ein Teil der KommunarInnen im Sommer 1994 die Bekanntschaft mit einer bestimmten Form therapeutischer Selbsthilfegruppen, die sehr verbindlichen und strukturierten Charakter haben und für mindestens ein Jahr verpflichtend sind. Parallel dazu wächst bei vielen KommunarInnen die Möglichkeit, und entsteht eine zunehmende Offenheit, nach achtjährigem Bestehen und einem Wachstum auf fünfzig Erwachsene und fünfzehn Kinder, die Arbeit an den Problemen und Defiziten im zwischenmenschlichen und geschlechtsspezifischen Miteinander konkreter anzugehen. Im Herbst 1994 entscheiden sich Zweidrittel der Männer und im Winter 1994 mehr als Dreiviertel der Frauen an den geschlechtergetrennten Selbsthilfegruppen der FORT (Frauen organisieren radikale Therapie) und MRT (Männer organisieren Radikale Therapie) teilzunehmen (Vgl. Artikel von T. Hillar und D. Frick zu FORT/MRT in diesem Buch).

Im Frühjahr 1995 wurde damit begonnen.

Nachbemerkung

In der ursprünglichen Fassung dieses Textes hatte ich den Versuch gemacht, eine Chronologie geschlechtsspezifischer Bemühungen, Ereignisse und Prozesse zu versuchen – mit der Bitte an die Kommune um Ergänzung und Korrektur meiner Erinnerungslücken. Die meisten KommunarInnen hatten den Text daraufhin gelesen, und viele hatten ihn mündlich oder schriftlich kritisch kommentiert. Dies ist angesichts der Informationsflut am „Grünen Brett“ bemerkenswert und bedeutsam für den Umgang mit dem Geschlechterthema: Es bewegt wohl fast alle – aber in unterschiedlichster Weise. Die Kritik richtete sich in erster Linie an meinem Versuch, eine Chronologie zu erstellen, wo es eine vollständige und objektive Darstellung der kommunitären geschlechtsspezifischen Problematik nicht geben kann. Da mußte ich zustimmen und habe dem durch eine leicht geänderte Fassung Rechnung getragen. Aber ich stieß auch in ein Wespennest: Für die einen

sich an damals von ihm ausgehende gespürte Gewalt und spricht ihr Veto gegen sein Kommen aus. Ein kleiner Teil der Kommune unterstützt sie, ein großer Teil akzeptiert das, ein kleiner Teil – überwiegend Männer – will das Veto nicht akzeptieren. Es entsteht eine Vielzahl von Diskussionen und schriftlichen Aushängen. Die Kommunardin bleibt bei ihrem Veto:

„...Ich nehme meine Wahrnehmung und Gefühle ernst und spüre, daß ich mit diesem Mann nicht zusammenleben kann.“

Gleichzeitig stellt eine lesbische Frau einen Probezeitantrag. Diese hat viel Kontakt zu der Kommunardin, die obiges Veto aussprach. Auch gegen ihr Kommen wird daraufhin ein Veto, und zwar von dem Mann eingelegt, dem das Kommen des mit Veto belegten Mannes sehr wichtig war:

„...Meine Bereitschaft, anderen zuliebe was zu ertragen, Konflikte anzugehen, ist dadurch sehr runtergegangen.“

Das Ausmaß der darauf erfolgten verletzenden Reaktionen ist groß in seiner Heftigkeit. Aber in den auf diese Vetos in großer Anzahl folgenden Statements und Diskussionen war auch große Betroffenheit und der Wille, an einer Lösung zu arbeiten, zu spüren. Das Veto gegen die Frau wurde nach dreimonatiger Bedenkpause erstmal zurückgenommen, sie entschied sich aber nun gegen die Kommune und schrieb ihr:

„... Ich habe... auf mehr antipatriarchales Bewußtsein innerhalb der ganzen Kommune gehofft... ich habe mich oft als Projektionsfläche gefühlt...es ist mir auf die Füße gefallen, daß ihr noch nie im größeren Rahmen über Lesbisch-Sein bzw. Heterosexismus innerhalb der Kommune geredet hattet.“

Nach diesen Auseinandersetzungen macht die Kommune einen weiteren Anlauf zum Weiterkommen im Männer-Frauen – Thema: Anfang Januar 1994 gibt es zwei Plenen in mehreren gleichgeschlechtlichen Kleingruppen. Thema: erstens Identität und zweitens Abbau geschlechtsspezifischer Machtstrukturen. Die meisten KommunardInnen empfinden Aussprache und Diskussion in diesen Plenen als hilfreich und füreinander verständnisfördernd.

Bei der Vorbereitung für die an Himmelfahrt 1994 stattfindenden Klausurtagen zu geschlechtsspezifischen Machtstrukturen kommen bei einigen KommunardInnen aufgrund des Wunsches einiger Frauen, erstmal weiter in geschlechtergetrennten Gruppen als einem Schutzraum zu diskutieren, Bedenken und Ängste hoch:

„...Ein guter Teil des Problems liegt daran, daß man zu wenig miteinander redet und sich mißversteht – somit können getrennte Gruppen das Problem meines Erachtens eventuell verschärfen statt es zu lösen.“ (m). Andererseits fanden sowohl Männer als auch Frauen diese Trennung auch gut.

- Die Zeiten des Männerüberhangs waren Pionierzeiten
- Es gibt einen „rationalen Geist“, die Kommune sei männlich strukturiert, es gibt Defizite auf Gebieten wie Gefühle
- Es gibt eine Angst der Männer vor unqualifizierten Frauen
- Finanzen, Baufirma, Rentengruppe werden überwiegend von Männern bestritten.

Und drei weitere, verschiedene Aussagen von Frauen dazu:

„...Was mich kommune-existentiell bedroht ist die Angst, daß immer mehr Männer kommen, und die Frauenräume meiner Frauen-WG in Frage gestellt werden. Ich erinnere an eine Äußerung, in der die Ansicht vertreten wurde, daß wir die (noch) leerstehenden Räume freigeben müssen, wenn Platzmangel herrscht... Ich will das Wachsen der Kommune nicht behindern, ich werde jedoch dafür kämpfen, daß noch Raum für weitere FrauenLesben und mich hier bleibt.“

„...Der Männerüberschuß bedroht mich nicht, stört aber. Obwohl mir manche Männer sympathisch sind, spüre ich nicht viel Lust, neue kennenzulernen, ich möchte mehr Frauen, mehr Vielfalt an Frauen. Aber das Rationale, Durchgeordnete paßt mir gut, ich wollte kein Spi-ri-projekt, ich empfinde aber zu wenig akzeptiert, daß Frauen was für sich machen wollen.“

„...Ich habe das Gefühl, daß wir Frauen und Männer uns gegenseitig bedroht fühlen.“

Durch diese Kleingruppendiskussionen angeregt, setzen sich einige Frauen für die Durchführung eines Kennenlernwochenendes nur für Frauen ein. Über eine Werbeaktion in verschiedenen Frauenzeitschriften, taz und Contraste findet dieses im Januar 1993 statt. Keine dieser Frauen stieg darüber in die Kommune ein, aber der Bekanntheitsgrad der Kommune und der Kommunegedanke innerhalb der bundesdeutschen Frauenbewegung erhöhte sich dadurch – in Feedbacks ersichtlich – beträchtlich.

Im Sommer 1993 werden anlässlich der Einrichtung eines Frauenklos neben dem neuen Gemeinschaftsraum die zum Teil langjährigen unterschiedlichen Positionen in der Frauen-Männer-Auseinandersetzung der letzten Jahre wieder sichtbar, und die Notwendigkeit der Bearbeitung der zugrundeliegenden Schwierigkeiten wird wiederholtermaßen deutlich.

Im November 1993 beschließt die Kommune auf Anregung eines Kommunarden, für 1994 Klausurtage zu geschlechtsspezifischen Machtstrukturen und Überwindung derselben „eher zur Beleuchtung des Standorts als zu einem harten Selbsterfahrungstrip“ durchzuführen.

Bald darauf, im Dezember 1993 beginnt in der Kommune aus aktuellem Anlaß wiederum eine harte Konfrontation: Ein Mann stellt Pro-bezeitantrag, den eine Kommunardin von früher kennt. Sie erinnert

und in aktuelle Kommuneerfordernisse gebündelt werden, zum anderen fühlen sie sich bedroht, haben formulierte Angst vor Abspaltung.

Bald darauf, im Herbst/Winter 1990/1991, entsteht die zweite FrauenLesben-WG. Wiederum haben einige KommunardInnen Bedenken, ähnliche Argumente wie bei Gründung der ersten Frauen-WG werden genannt, es wird aber ohne kommuneweite Diskussion akzeptiert.

Im Februar 1991 verabschiedet die Kommune auf ihrem Plenum offiziell einen neuen Grundsatz: „Abbau geschlechtsspezifischer Machtstrukturen“. In der Praxis wurde sich längst auf diesen Grundsatz mitbezogen. Anlaß zu einer öffentlichen Festschreibung ist die Herausgabe des neu überarbeiteten Selbstverständnispapiers der Kommune.

Ende April 1991 findet das erste und bisher einzige Frauenplenum in der Kommune statt, um sich über die verschiedenen Positionen von Frauen auszutauschen. Dies führt aber eher zu einer Bestätigung schon vorher vorhandener unterschiedlicher Sichtweisen bis hin zum Fraktionierungsvorwurf – der Wunsch und das Bemühen um Verständigung wurde und wird im darauffolgenden Alltag aber immer wieder deutlich.

Im Herbst 1991 gründet eine Kommunardin den Arbeitsbereich „Revolutionäre Näh- und Lederwerkstatt“ mit dem Ziel, Grundbekleidung zu entwickeln und herzustellen, welche lange haltbar ist und zu der mensch Beziehung knüpfen kann.

Inzwischen hat sich das Sprachverhalten der Kommune zugunsten einer weniger frauenfeindlichen Sprache geändert – das Aussprechen und Schreiben der weiblichen Sprachform ist selbstverständlicher geworden.

Oktober 1992 bis Januar 1993 findet eine kommuneweite Diskussion zum Thema unausgewogenes Geschlechterverhältnis statt. Ausgelöst wurde sie durch die Forderung einer Frau:

„...Ich möchte, daß wir keine weiteren Probezeitanträge von Männern annehmen, bis wir über das Mann-Frau-Verhältnis (zur Zeit ein Drittel mehr Männer als Frauen) geredet haben. Ich fühle mich beim jetzigen Verhältnis unwohl (zum Beispiel Plenum, Kleingruppen, Essen, usw.). Meine Bereitschaft, mit neuen Männern zu tun zu haben, ist dramatisch gesunken, zudem spüre ich, daß meine Reaktion auf eine für mich sehr spürbare Männerdominanz Abschottung und Intoleranz ist, was ich weder für mich noch für uns besonders gut finde.“

Daraufhin finden im Plenumsrahmen wöchentliche Kleingruppendiskussionen statt, und es werden unterschiedliche Thesen aufgestellt:

- Es gibt Frauenfraktionen
- Es haben mehr Männer Interesse am Einstieg
- Es sollen nur bestimmte Frauen kommen
- Es gehen mehr Frauen weg



Männer sind schuldig, quasi erbsündenbehaftet, sollen Buße tun... Für eine konstruktive Auseinandersetzung zwischen den Geschlechtern sind sie nur destruktiv.“ (m)

Im Juli 1990 kommt es zu einem neuen Eklat: Ein Kommunarde will zu seinem Anspruch nach kommuneweiter Auseinandersetzung mit seinen sexuellen Bedürfnissen eine Diskussion erzwingen. Er legt deshalb zur Provokation einen Porno in die Kommunebibliothek. Dies löst bei vielen KommunardInnen Empörung und einige emotionale Schockreaktionen aus. Es gibt Diskussionen in kleinem Rahmen mit und ohne ihn zur Art seiner Aktion – nicht zum provozierten Thema.

„... Ich weiß nicht, was er sich unter einer befreiten Sexualität vorstellt, wenn nicht ein Umgang miteinander, der auf absoluter Freiwilligkeit beruht. Ein Entwicklung dahin ist für mich nur in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens vorstellbar, und das Mittel der Provokation gehört da zu den Falschesten.“ (w)

Daraufhin teilt ihm die Frauen-WG mit, daß er in dieser WG nicht mehr erwünscht ist. Dies stößt auf teilweise Mißbilligung in der Kommune. Kurz darauf verläßt der Mann das Projekt.

Ende 1990/Frühjahr-Sommer 1991 haben vier Kommunardinnen ihr Coming-Out in der Kommune. Eine Lesbe schreibt dazu in einem halböffentlichen Text:

„...Wie teile ich es mit? Es kam mir nämlich ziemlich albern vor, auf dem Mitteilungsblock zwischen 'Ich fahre morgen eine Woche in Urlaub' und 'Wer hat meine schwarze Jeansjacke gesehen' zu schreiben 'Ich bin seit dann und dann lesbisch'. Also flocht ich es mehr oder weniger geschickt in einen Artikel für verschiedene Kommunen ein. Seither Ruhe? Äußerst wenige KommunardInnen haben mich daraufhin angesprochen.“

Eine heterosexuelle Kommunefrau sagt kurz darauf in einer öffentlichen Frauenveranstaltung, auf der die Kommune vorgestellt wird, auf die Frage, warum sie sich nicht auch als Hetero- oder Lesbischlebende vorstellt:

„...Ich habe nicht daran gedacht, für mich ist es kein Thema, und in der Kommune ist es auch kein Thema.“

Besonders in dieser Zeit engagieren sich lesbische und heterosexuelle Frauen der Kommune in Kassel intensiv bei verschiedenen Aktivitäten feministischer Politik. Dies wird von einigen Männern und Frauen in der Kommune kritisch betrachtet. Sie wünschen sich, daß die Kräfte mehr nach innen in den Aufbau und Ausbau der Kommune

**„Ihr braucht die
vollen Staubsaugerbeutel
nicht auf
den Dachboden
zu stellen, es ist echt o.k.,
wenn ihr sie wegwerft. B.“**

Kaufunger Mitteilungsrolle

walt in der Kommune diskutiert wird. Die Kommune fordert daraufhin, daß die zwei nicht weiter in einer WG wohnen sollen.

Im März 1989 hat die Kommune auf Initiative einer Kommunardin in Frauenzeitschriften eine Anzeige aufgegeben.

....Wir wollen von einem zahlenmäßig männerdominierten zu einem frauendominierten Projekt wachsen... zur Weiterentwicklung dessen, was uns wichtig ist: gemeinsame Ökonomie, Konsensprinzip, links-politische Arbeit, gemeinsame Verantwortung für Kinder, Abbau geschlechtsspezifischer Machtstrukturen.“

Im Sommer/Herbst 1989 kommen Frauen mit feministischen Politikansätzen in die Kommune und verstärken sich entwickelnde Ansätze bei einigen Altkommunardinnen. Zwei Frauen arbeiten einen Nachmittag die Woche ehrenamtlich für das Kasseler Frauenhaus; eine steigt in das Kollektiv des Kasseler Frauenbuchladens ein.

Im Herbst 1989 entsteht die erste Frauen-WG.

....Wir sind eingezogen in die Frauen-WG, und ich beginne real zu begreifen und zu spüren, was diese Wohnform für mich als Frau in einem gemischten Projekt für eine Bedeutung hat, und in welche Widersprüche ich dabei aber auch immer wieder gerate. Es ist der Widerspruch zwischen dem Anspruch – auf der einen Seite als Kommunardin mit 40 Frauen und Männern in einer Weise zusammen leben zu wollen, wo wir uns gegenseitig respektieren, was eben auch viel Auseinandersetzung bedeutet – auf der anderen Seite das Gefühl und das Wissen zu haben, daß ich als Frau Freiräume mit anderen Frauen brauche, um zu unseren Inhalten zu kommen, also Zeiten und Räume zu haben, wo ich mich mit Männern gar nicht auseinandersetzen will.“

Nicht alle Männer, aber auch nicht alle Frauen, erleben dies als einen richtigen Schritt für die Entwicklung der Kommune – Angst vor dem Auseinanderdriften in verschiedene Richtungen – statt die Kräfte zusammenzuhalten, wo die Kommune noch im Aufbau sei, wird formuliert. Es gibt auch positive Stimmen von Männern und Frauen, das gerade dies ein Schritt in die „richtige“ Richtung sei.

In Aufruhr geraten einige KommunardInnen, als im Januar 1990 ein Aufkleber „Vergewaltiger wir kriegen euch“ an der Tür zum Gemeinschaftsraum klebt. Einige Männer und Frauen reagieren empört darauf, und es wird heftig und kontrovers diskutiert. Als ein paar Tage später ein zweiter Aufkleber. „Wir kastrieren auch ohne Krankenschein“ sich dazugesellt und von einem Mann mit dem Spruch „Frau Doktor Mengele rät“ ergänzt wird, gehen die Wogen hoch.

....Der Männerstandpunkt: Vergewaltigung ist was Böses, aber mich betrifft ja nicht, ich bin ja kein Vergewaltiger, ich kann das Thema neutral als Außenstehender bereden, ist genau so blöd wie der Frauenstandpunkt: alle Männer sind (potentielle) Vergewaltiger, alle

Blickwinkel, sondern mir war oft eine feste Einschätzung nicht möglich. Meine Erinnerung ist subjektiv und sicher bei weitem nicht vollständig. Vieles an Diskussionen, Mächtkämpfen, emanzipatorischen Frauen- und Männervorwärtsbewegungen und -rückschritten bewegt oft nur Teile der Kommune oder passiert ganz unspektakulär im alltäglichen Miteinander. Trotzdem glaube ich, daß auch eine subjektive Erinnerung an Auseinandersetzungen und Bemühungen, unsere Geschlechtsspezifik emanzipatorisch weiterzuentwickeln, eine gewisse Aussagekraft haben kann und den Willen, aber auch die teilweise Hilfigkeit und Widerständigkeit – insgesamt aber das Bemühen zum Weiterkommen – deutlich machen kann.

Bemerkenswert finde ich, daß diese Arbeitsleistung immer parallel zum Aufbau und zur Existenzsicherung der Kommune geleistet wird.

Subjektive Rückschau

Die Kommune besteht in den ersten zweieinhalb Jahren trotz mehr als Verdoppelung der GründerInnenzahl weiterhin nur zu einem Drittel aus Frauen. Es entsteht das Bedürfnis von Frauen zu Frauengruppen – erst bildet sich eine, bei zunehmender Größe drei Frauengruppen, die alle über mehrere Jahre in wechselnden Zusammensetzungen bestehen und zeitweise für viele Frauen einen wichtigen geschützten Frauenraum bedeuten.

Ab 1988 entstanden auch mehrere Männergruppen, die sich teilweise heute noch treffen.

Gleich zu Beginn baut eine Frau den Arbeitsbereich „Ernährung“ zur Verpflegung der Kommune und des Tagungshauses mit darüberhinausreichender Perspektivplanung auf. Im gleichen Jahr (1987) beginnt eine Frau mit dem Aufbau des Kinderbereichs, der heute öffentlich geförderte Kindertagesstätte ist. Daß Frauen Wirtschaftsbetriebe in Kommunen – zumal unter den besonderen Bedingungen der Aufbauzeit – gründen, ist auch in Kommunen nicht unbedingt üblich.

In diese Zeit fallen auch die Versuche einzelner – in meiner Erinnerung nur – Männer, aufgrund ihrer Unzufriedenheit im zwischenmenschlichen Bereich die KommunarInnen zu körpertherapeutischen Aktivitäten zu bewegen. Das scheitert letztendlich unter anderem aus Desinteresse, Überforderung und diffusem Unbehagen, hat viele in der Kommune aber trotzdem eine Zeitlang beschäftigt.

In Oktober 1988 fühlt sich die Gesamtkommune erstmals mit massiven geschlechtsspezifischen Machtstrukturen konfrontiert. Ein Kommunarde schlägt im Affekt öffentlich eine Frau. Daraus entstehen am gleichen Abend spontan getrennte Frauen- und Männerplenen, auf denen erstmals im Plenumsrahmen über das Thema (körperliche) Ge-

lich der Formulierung der Einrichtung einer Gemeinschaftsküche als eigenständiger Arbeitsbereich auf.

Inzwischen (1995) gibt es die Kommune acht Jahre und der oben formulierte Anspruch ist strukturell bald umgesetzt worden:

„...Durch unsere Handhabung der gemeinsamen Ökonomie und die (formelle) Gleichbewertung von Arbeit verhindern wir die gesellschaftlich nach wie vor vorherrschende Arbeitsteilung zwischen Ernährer und Hausfrau, zwischen höherbewerteter „produktiver“ und niedriger bewerteter „reproduktiver“ Arbeit. Die Kindergruppe und die Küche sind eigenständige, vollwertige Arbeitsbereiche und schaffen den Eltern/Erziehenden Freiräume für ihre Arbeit/Arbeitszeit.“ (aus einem Selbstverständnispapier der Kommune).

Trotzdem erleben wir die patriarchal-kapitalistischen Mechanismen in uns in unserem Alltag auch weiterhin. Alte, geschlechtsspezifisch geprägte Rollen und Reaktionsmuster machen die Auseinandersetzung unter uns und mit feministisch-emanzipatorischen Ansätzen schwer. Auch wenn im Alltag häufig andere Kommunethemen im Vordergrund stehen, begleiten ihn kontinuierlich geschlechtsspezifische Themen. Vieles ist im gesamtkommunitären Rahmen aber nicht sichtbar oder wird unterschiedlich bedeutungsvoll wahrgenommen. Ich erinnere aus den ersten acht Jahren viele Ereignisse, Diskussionen und Entwicklungen zum Geschlechterthema. So erlebe ich die Konflikte im geschlechtsspezifischen Miteinander häufig als die schwierigsten, schmerzvollsten und langwierigsten in der Kommune, die auch für mich oft sehr bewegend und belastend sind. Sie sind uns selbst – und erst recht „der Öffentlichkeit“ – nur teilweise vermittelbar.

Ich möchte dennoch und gerade deswegen den Versuch unternehmen, davon etwas zu vermitteln. Gerade weil dieses Thema so brisant ist und mit so vielen Ängsten und Unsicherheiten behaftet, eignen sich Geschlechterverhältnisse so gut, emanzipatorische Gesellschaftsentwürfe in der praktischen Erprobung zu behindern. Deshalb ist es meiner Ansicht nach notwendig, von der – gerade auch mühevollen – Arbeit an der Entwicklung von Zugangsweisen dazu etwas mitzuteilen.

Als Form habe ich meine Erinnerungen, also eine subjektive Rückschau auf einen achtjährigen Prozess von Ereignissen, Diskussionen, Festsitzen und Entwicklung gewählt. Ich habe notiert, was meines Erachtens kommuneweit bekannt ist, und/oder nicht meiner Verdrängung anheimgefallen ist. Wo vorhanden, habe ich schriftlich veröffentlichtes Material zitiert und versucht, die Standpunktbreite wiederzugeben. Dabei muß aber erwähnt werden, daß sich lange nicht alle KommunardInnen schriftlich äußern. Ansonsten habe ich notiert, was ich erinnere. Meine Betrachtung entstand aus keinem feststehendem

ZU DER SCHWIERIGKEIT, FRAUEN-MÄNNER-VERHÄLTNISSE IN EINER KOMMUNE EMANZIPATORISCH WEITERZUENTWICKELN.



Foto:W. Sünderhauf

Sind Frauen-Männer-Verhältnisse in einer Kommune überhaupt Thema

Als ich einem befreundeten Kommunarden aus einer alteingesessenen, zwanzig Jahre alten Landkommune von den geschlechtsspezifischen Diskussionen, Auseinandersetzungen und Bemühungen, uns in unserer Kommune emanzipatorisch weiterzuentwickeln, erzählte, war er verblüfft. So etwas sei in seiner Kommune noch nie thematisiert worden.

Auch in meiner Kommune, in Niederkaufungen, wurde zunächst in der Planung weder von Frauen noch von Männern ein geschlechtsspezifischer Ansatz eingebracht. Wir benannten stattdessen als zentrale Eckpunkte gemeinsame Ökonomie und Konsensprinzip, formulierten (unspezifisch) den Abbau kleinfamiliärer Machtstrukturen und den Anspruch nach linkspolitischem Handeln.

So taucht im Grundsatzpapier von 1983 auch nur an einer Stelle der Anspruch auf Aufhebung rollenspezifischer Arbeitsteilung bezüg-

Abgesehen von inhaltlichen Standortbestimmungen zu politischer Aktion und Zusammenleben, übersetzen sich mir einige der oben wiedergegebenen Textabschnitte jedoch auch als Beschreibungen von Wohn- oder Lebensgemeinschaften oder Kommunen, in denen Entwicklung und Emanzipation möglich sein soll, aus denen heraus Anstöße zur Befreiung von Individuum und Gesellschaft kommen sollen. Derzeit kann ich innerstädtisch jedoch erst mal höchstens alarmierende Zeichen von WG-Auflösungen ausmachen, allerdings auch wohnungspolitisch ausgelöst, durch großflächige Auflösung von Gewerbemietverträgen, so eben auch der bewohnten Fabriketagen und Gebäuden.

Immerhin findet sich doch auch erstaunlich Konkretes zu Kommunen und Lebensgemeinschaften in unserem autonomen/linksradi-kalen Schrifttum. In zwei Beiträgen, Rede und Gegenrede, sind damit jedoch auch schon wesentliche Vor-Urteile über Kommune als Aktionsraum gefällt. In ihren „Streifzügen zwischen Feuer und Flamme“ (Interim #226, 2/93) geht ein „militanter Kern der Autonomen Wolke“, der „Wolkenkuckuckskern“, in einer Zustandsbeschreibung wiederum von der Linken in der Krise mit Utopieverlust aus. Beginnend mit der eigenen militanten Praxis, schlägt ihre Argumentation einen weiten Bogen. Über die Einordnung von Militanz als eigentlich Reflex auf gesellschaftliche, staatliche Gewalt, Militanz, die zwar wichtig sei als möglich gemachte, nachmachbare Praxis, die aber immer über ein „inneres Band“, als Reaktion nämlich, an die gesellschaftliche Macht gekoppelt bleibt, führen sie argumentativ hin zu einem „friedlichen Teil der Militanz“. Weil eben Rebellion und Herrschaft oft als Einheit erlebbar sind, eins sich am anderen nur abarbeitet, Rebellion aber auch in bestimmten Aktionsformen das Gegenüber von Staat braucht oder z.B. als „Gegenmacht“ wieder reproduziert und also den „Staat in uns“ immer nur weiter festigt, versuchen die Wolkenkuckuckskerne (WK-Kerne) mit ihrem „friedlichen Teil der Militanz“ einen Raum für emanzipatorische Prozesse zu eröffnen:

„Der eine (gewalttätige Teil der Militanz, Anm. Verf.), der äußerer Abgrenzung gegen das System gesellschaftlicher Herrschaft zugewendet ist. Der andere (friedliche Teil der Militanz, Anm. Verf.) erstreckt sich in die soziokulturellen Bereiche und bildet eine solidarische Gemeinschaft sich emanzipierender Subjekte.“

Der so gewonnene Raum soll nicht eigentlich dem Aufbau von Gegenmacht im Sinne vom Sturz der etablierten Macht durch Aufbau eines neuen Machtgefüges dienen, sondern Macht, Staat, Hierarchie auflösen, lebbar und lernbar machen, in einer „kleinen (für sich selbst überschaubaren) Gemeinschaft“. Die WK-Kerne beschreiben ihren Ansatz als Vision und werden in der Beschreibung dieser „solidarischen Gemeinschaften“ auch nicht konkreter.



Räumung eines Abenteuerspielplatzes in Friedrichshain

Foto: Umbruch

Konkret lebende Kommunen als blinder Fleck radikaler Linker?

Offenbar klafft immer noch eine breite Lücke zwischen beiden, den vorhandenen Kommunen und den radikalen Linken, in doppelter Hinsicht. Zum einen werden Ideen von Gemeinschaft immer wieder neu entdeckt oder wieder erinnert, von politisch theoretisch/praktisch Aktiven, Linken, Radikalen (eigentlich anzunehmen: auch Rechten?) Und der Schritt zur Berührung mit vorhandenen Gruppen oder die eigene Umsetzung ist nach wie vor eine immense Hürde. Gemeinschaftsneubildungen bleiben nach meiner Erfahrung selten. Zum anderen hat dieses Erinnern an Gemeinschaft oft etwas weit hergeholtes. Weiter jedenfalls, als ich bei der doch möglichen Erfahrbarkeit durch schon jahrelang existierende Lebensgemeinschaften und Kommunen erwarten würde. „Kommune“ scheint in unserer politisch links sich verstehenden Szene derart un-präsent zu sein, daß Ideen von Gemeinschaftsbildungen immer etwas nostalgisch anrühiges oder abgefahren zurückgezogenes an sich haben. Die WK-Kerne nehmen diese Abwehr prompt vorweg, indem sie bestätigen:

„Wir sehen, daß wir damit (mit „auflösen“ statt „zerstören“, Anm. Verf.) einen Tabubereich linksradikalen Selbstverständnisses berühren, weil diese Thesen auf 'innere Arbeit' hinweisen, die die unter-

schiedlichen Subjekte befähigen soll, sich selbst bestimmen und aus dem Herrschaftsverhältnis auf ihrer Seite heraustreten zu können.“

Genau an dieser Stelle hakt dann auch die Kritik der „Autonomen Hefepätzchen“ („Einige Gedanken zum Text vom Wolkenkuckuckskern“, Interim #230, 3/93) ein. Kurz und knapp wird dort erklärt, daß die WK-Kerne zwar viele richtige Fragen aufgreifen, jedoch einen Ansatz daraus entwickeln würden, „der in Esoterik-Kreisen beheimatet zu sein scheint“. Warum? Eben wegen der als „individualistisch-esoterisch“ beschriebenen Form von „innerer Arbeit“. Weiter wird Kommune als Möglichkeit zur Auflösung von Macht in Frage gestellt:

„Eine Kommune ist ein Weg, aus dem Machtgefüge auszusteigen, aufgelöst ist damit nichts. Auch das in Brandenburg geplante „Ökodorf“ bedeutet Abwendung von der Macht und Hinwendung bzw. Aufbau von etwas ‚Positivem‘. Damit wird jedoch lediglich eine geduldete Nische im System ergattert, in der mensch persönlich ‚besser leben‘ kann, nicht eine Machtstruktur wird ‚aufgelöst‘, die Flucht aus der grausamen Realität wird zum Konzept.“

Fragt sich, welche Erfahrung mit welchen Kommunen hinter diesem Urteil steckt.

Die Schatten, über die radikale Linke und Kommune jeweils springen müssen, um sich anzunähern.

Kommune muß tatsächlich jederzeit prüfen, ob sie Machtstrukturen in sich oder um sich herum auflöst – wenn solch ein Anspruch überhaupt vorhanden war/ist. Denn da gibt es auch noch ganz andere Kommune-Konzepte als die Freiheitlich-emanzipatorischen. Maiga, jetzt ZEGG, ist auch in der Berliner politischen Szene ein Begriff, AAO/Friedrichshof und LaLix/Frankreich eher weniger, und R. Bahro's Ökofürstentümer-Phantasien stoßen in linksradikalen Kreisen wegen dessen Nichtabgrenzbarkeit zu rechten Autoritätsphantasien ebenfalls auf erhebliche Vorbehalte.

Wenn Kritik an Kommune langläufig immer wieder die beiden Argumente „individual-esoterisch“ und „Nische im System“ gebraucht, wird Kommune offensichtlich entweder als politisch unklar oder belastet erfahren oder als in Nischen zurückgezogen erlebt. Dieses Sichzurückziehen kann auf eine Art als nicht mehr für politische Kämpfe zur Verfügung stehend interpretiert werden und schmerzt die dann Übriggebliebenen als Verlust, wenn nicht sogar als Verrat. Wenn dann auch noch positive, erfolversprechende Rückmeldungen aus den Kommunen ausbleiben, müssen sie offensichtlich auf dem Holzweg ins politische Nirgendwo sein. So schieben die „Hefepätzchen“ auch gleich nach in ihrer Kritik, daß es den Leuten in Ihren Nischen auch nicht besser ergehen könne, denn:

„Die ‘friedliche’ Militanz wird letztendlich auch eine Konfrontation mit der Macht bedeuten, bewegt sie sich außerhalb der genannten Nischen“.

Die Notwendigkeit zur kritischen Abgrenzung gegen Kommunen ergibt sich meiner Meinung nach aus zwei möglichen Ursachen. Vordergründig über das Erleben von Relevanz oder Nicht-Relevanz von Kommunen für die jeweiligen sozialen, politischen Aufgaben. Tiefer liegend durch eine Berührungs- und Verlustangst. Die Berührungsangst, sich selbst und andere in individuellen, kollektiven, sozialen und psychischen Prozessen, viel intensiver als bisher vielleicht zugelassen, zu erleben, zu begleiten und sich aufeinander einzulassen (Aufheben der Grenzen zwischen privat und politisch). Verlustangst, wenn andere aus den eigenen Zusammenhängen sich in „Nischen“ verabschieden mit dem Anspruch weiterhin auf dem „richtigen“ Weg zu sein.

Ich denke mir, es ist nötig, von zwei Seiten aus über verschiedene Schatten zu springen. Kommune, die nicht anders sichtbar wird denn als Nische, Rückzugsraum für geplagte Ex-StädterInnen, Hand-statt-Maschine-LandwirtInnen, oder als New-Age Scheinwelt, hat tatsächlich keine positive Ausstrahlung auf soziale Emanzipationsprozesse außerhalb ihres Tellerrandes. Also auch keine faßbare Relevanz im Hinblick auf die Entwicklung und Gestaltung von sozialrevolutionärer Utopie. Die Vermittlung von eigenen Erfahrungen jeder Art, noch viel stärker als bisher – oder überhaupt erst mal! – und sich konfrontieren lassen mit den Fragen, die dann kommen, stelle ich mir als dringend notwendig vor. Wenn Kommune ein Utopie-entwickelndes und -umsetzendes Projekt sein soll, dann muß doch nach 2,5,10 Jahren auch was sichtbar, vermittelbar werden können. Wenn ZEGG mit ihrer zusammengesuchten Philosophie auf richtige Fragen die falschen Heilantworten gibt, dann haben Gruppen, die über Jahre an den gleichen Themen stricken doch auch was relevantes zu sagen. Mal los!

Kommunen und Gemeinschaften besetzen meines Erachtens im Moment eine Lücke zwischen denen, die sich zunehmend im New-Age Therapie-Boom austoben, und den sich politisch aktiv Verstehenden an den konkreten Brennpunkten. Den einen ist Kommune selbsterfahrungstechnisch nicht professionell genug, den anderen ist sie wiederum schon zu sehr „therapeutische“ Zwangsinstitution. Beiden ist sie (in dieser schnellebigen Zeit) wahrscheinlich zu zäh, langweilig, langsam, unproduktiv. Diese Situation sollten wir positiv nach vorn wenden, indem z.B. Kommunen und Gemeinschaften sowieso ständig therapeutische Situationen erleben und produktiv gestalten müssen – und sich darin auch zu einem gewissen Grad professionalisieren müssen (meint: nicht Profis kaufen oder sich kaufen lassen, sondern die vielfältigen Interaktions- und Streitmodelle mal auf einen



praktizierbaren Punkt zu bringen). Die Chance für Kommune und komunitäre Gemeinschaften als den realitätsgerechteren Ansatz besteht ja darin, daß New-Age Gemeinschaften ihre therapeutische Funktion künstlich zum Alltag machen wollen, während Kommunen/komunitäre Projekte i.d.R. produktiven, sozialen, politischen Alltag und Konfliktbewältigung bzw. Lustbefriedigung nebeneinander immer bestehen lassen. Der zweite zu überspringende Schatten betrifft die Nicht-KommunardInnen mit linker Zugehörigkeit. Der große Wurf, die soziale revolutionäre Umwälzung, wird nicht allein taktisch oder strategisch gelingen, nicht an einem Tag, nicht allein militärisch, wohl aber durch Kräfteverhältnisse bestimmt. Diese Kräfteverhältnisse betreffen aber nicht nur materielle Größen, sondern wesentlich auch das Bewußtsein derjenigen, die sich in Umwälzungsprozessen befinden, die sich darauf einlassen können, aus individuell und kollektiv erfahrenen Prozessen Emanzipation zu entwickeln und tragfähig umzusetzen. Das hat was mit „innerer Arbeit“ zu tun, die aber ohne „äußere Arbeit“ auch keinen Bestand hat, insofern beide voneinander losgelöst keine Emanzipation bedeuten.



Foto: Zorrow

Stadt oder Land

Kommune kann, wie gesagt, zwischen gesellschaftlicher Nicht-Relevanz in der Nische oder der bewußten Auseinandersetzung mit sich und anderen und Einmischung in gesellschaftlicher Umwelt wählen. Sie kann dies nach meinem Erleben sowohl auf dem Land als auch in

der Stadt tun. Mir tut sich also nicht die Wahl zwischen Stadt und Land auf. Vielmehr erscheint die Entscheidung der Grundlage der Gemeinschaftsbildung nach möglichen gemeinsam tragbaren Inhalten, Zielen und der Gewichtung von Rückzug und Einmischung wichtiger. Wobei ich denke, daß nur Einmischung und Präsenz auch Ausstrahlung und überhaupt erst Relevanz ausmachen können.

Ich werde nicht behaupten, daß „Kommune“ die Lösung für die Probleme unserer linken Selbstbestimmung aus der Perspektivlosigkeit heraus darstellt. Aber ich behaupte, daß es ein Weg ist, Einmischung, selbstbestimmtes Leben, Freiräume, soziale Dimension von Politik, soziale Identität, kollektive Prozesse usw. durchzuführen, um zu prüfen, ob diese Begriffe als Kriterien für eine Neubestimmung linker Werte taugen, und sie dafür durch Erfahrung tragfähig zu machen.

Thomas-Dietrich Lehmann

BEFREITEN GEBIET?

*(Anti-)rassistische Irritationen im
kommunitären Wohnprojekt*

*„Für die vom unbekanntem Rand
Für die aus der Leere ohne Land
Für die mit den Schiffen ohne Segel
Für die ohne Kompaß und im Nebel
(Mastino)*



*Die folgenden Aufnahmen entstanden 1993 in einem Berliner Flüchtlingslager
Fotos: K. E. H.*

In der Stadt über „Kommune“ zu sprechen und zu schreiben fällt mir schwer. In Berlin reden wir eher von „Wohnprojekt“. Auf dem Lande ist bei einer Ansammlung von drei Leuten aus dem linken Milieu, die sich auf einem Gartengrundstück niedergelassen haben, die Sache klar: Sie sind eine Kommune.

Die Kommunegründungen der jüngeren Geschichte seit den sechziger Jahren wurden ausgelöst durch revolutionäre Versuche im Erfah-

rungsraum der Stadt. Von dort sind sie quasi „ausgewandert“ (in Gestalt von Gruppen und als gelebte Idee) aufs Land, dabei auch in gewissem Maße entpolitisiert). „Zurückgeblieben“ sind durch all die Jahre Versuche von Gruppen und Gemeinschaften in den Städten, Freiräume zu erkämpfen, – bspw. Häuser zu besetzen –, wobei sie fast regelmäßig in politische und innere Zerreißproben geraten. Die Beispiele sind bekannt. Sie heißen Hafensstraße oder Mainzerstraße, heißen Wohlgrothfabrik in Zürich oder Leoncavallo in Mailand. Diese Ausbrüche aus dem Alltag sind mir näher als das Landleben.

Ich komme also auch auf andere Begriffe als „Kommune“ für das eigene Stadtprojekt, in dem ich lebe. Es war im Anfang besetzter Raum – befreites Gebiet –, soetwas wie „Fluchtborg“ für die Träume von einem befreiteren Leben. In den neunziger Jahren scheint mir der Gedanke, Hausprojekte als „Fluchtborgen“ zu bezeichnen, überholt. Die Bezeichnung hat dort ihren politischen Gehalt verloren, wo den experimentellen Lebensentwürfen und riskanten Provokationen die Absicherungsmentalität und Besitzstandswahrung des Erreichten gefolgt ist. Sie scheint am ehesten sinnvoll angewendet im Kontext von denjenigen, die auf der Flucht vor barbarischen oder kapitalistischen Entwicklungen ihre heimischen Orte verlassen, um in den Festungen des Wohlstandes ihr kärgliches Dasein zu sichern.

Kommune in der Stadt

Unser Selbsthilfe- bzw. Wohnprojekt in Berlin wurde in seiner Entstehungszeit (1983) nachhaltig geprägt von den Erfahrungen, die viele von uns im Häuserkampf zu Beginn der achtziger Jahre in den besetzten Häusern der alternativen, feministischen, später autonomen Bewegung gesammelt haben. Der BesetzerInnen-Alltag bedeutete dabei unter anderem den Versuch, zwei Pole zusammenzuhalten:

Nach Außen bestimmten unser Tun und Lassen die Auseinandersetzungen mit Justiz und Bullerei, mit der Baumafia und dem Parteiennilz der Stadt sowie in deren Schlepptau mit der maroden Senatspolitik. Sie waren als Feindbilder immer präsent. Diejenigen, die nie nix zu melden haben bei diesen Herrschaften, fanden dagegen in den besetzten Häusern offene Türen und leere Zimmer, zeitweilig wirkungsvolle, das heißt schützende Fluchtborgen. Die AussteigerInnen und die Rausgeworfenen, die Jungarbeitslosen und die ohne Dach überm Kopf genauso wie Philosophinnen, Lesben und Bohemiens, Stadtnomaden der frühen achtziger Jahre, alleinerziehende Mütter und weltfremde Traumgeister, viele Studies. Die jeweilige Mischung bestimmte den unterschiedlichen Charme der Häuser. Manchmal lebten wir in regelrechten Trutzburgen. Dramatisch verbarrikadiert, immer dann, wenn Bullen und Staatsschützer aller Art, aber auch Nazis oder



doitsche Aktivbürger den Häusern und ihren BewohnerInnen ans Leder wollten. Das war die eine Seite.

Im Innenleben der Häuser wollten wir unsere Träume von einem besseren Leben verwirklichen. Sofort. Kompromißlos. Anarchistisch. Dabei mit dieser eigentümlichen Toleranz, die für das Leben im gerade mühsam zu erkämpfenden Freiraum so charakteristisch ist: anything goes. Freiraum, darunter verstehe ich den legitimen Anspruch jeder Persönlichkeit nach Entfaltungsmöglichkeiten, egal ob die dazu unternommenen Übungen kultureller, politischer oder sonstwelcher Art seien, ausgenommen sexistisches oder rassistisches Verhalten. Die Freiräume im Häuserkampf sind allerdings sehr schnell der Gefahr der Anpassung und einer Art unpolitischer Vorgartenmentalität zum Opfer gefallen, weggespült von der Schöner-Wohnen-Sehnsucht. In der Widerstandsgeschichte haben sich an dieser Scheidelinie folgenreiche politische Spaltungen in Berlin abgespielt.

Zurück zum „Traum von einem besseren Leben“. Er spielte sich für mich 1981-1983 in einem besetzten Haus in Berlin – Charlottenburg ab und wurde von der Staatsmacht abrupt und gewalttätig beendet. Es folgten der Räumung Verhaftungen, Leben in provisorischen Zeltstädten und Prozesse. Insofern war der Einzug in das Weddinger Abrißhaus, in dem ich bis heute lebe, 1983 mein zweiter Versuch, Träume zu besetzen, und verlief auf den ersten Blick erfolgreicher. Diesmal nicht so spontan, eher gründlich vorbereitet und vertraglich über 15 Jahre abgesichert. Die Stadt gab 85 Prozent der notwendigen Rekonstruktionsgelder, mit denen wir in vier Jahren (geplant waren auf dem



Papier zwei) aus einer Ruine einen Raum für eine etwa dreißigköpfige Großgruppe schaffen konnten. Im Sommer 1993 feierten wir unseren zehnten Geburtstag als Wohnprojekt Zorrow e.V. in der Grüntaler Straße.

So fällt meine Rückschau auf die Ausgangslage aus, von der aus ich „Kommune in der Stadt“ erlebe. Schwarz-rote Freiraum- und Fluchtbürgerspektiven, widerständig von links unten gemeint, von rechts oben diffamiert als kriminell, waren damals oft gehörte Ansätze in den Projekten – und in sofern austauschbar. In unserem Wohnprojekt Zorrow haben sie in den letzten zehn Jahren deutliche Irritationen erfahren.

Irritationen

Die scheinbare Klarheit linksradikalen BesetzerInnen- und später SelbsthelferInnenalltags erweist sich als trügerisch. Der Freiraum unseres Wohnprojektes war und ist für eine Beurteilung seiner Tragfähigkeit an den gesellschaftlichen Entwicklungen und Fragestellungen genauso wie an linken Widersprüchlichkeiten zu messen. Das aber ist ein schwieriges Unterfangen. Setzt es doch die kritische Distanz, das Zurücktreten für einen Moment zur Beobachtung der eigenen Lage voraus. Wer kann das schon? Und auf Seiten der Kommunen, die den „neuen Menschen“ propagieren und sich also auf dem richtigen Wege zum Heil wähnen, ist Kritik am eigenen Weg eh verpönt.

Was liegt also näher, als sich Hilfestellung zu suchen. Zum Beispiel in persönlich-kritischen Bilanzen anderer ZeitgenossInnen aus der jüngeren Zeit bundesdeutscher linker Widerstandsgeschichte. Das liebe ich ja sowieso: Politische Biographien zu lesen. Die Odranoel-Lektüre „Odranoel oder die Linke zwischen den Welten, 1992“, ein diesbezüglicher äußerst empfehlenswerter Sammelband internationalistisch orientierter AutorInnen (Pizzagruppe), gehört dabei zu meinen geistigen Hilfestellungen. Darin kommen auch die scheinbar auf immer im Knast einsitzenden politischen Gefangenen zu Wort, von denen wir sonst in unseren Auseinandersetzungen getrennt sind. Ich will mich aber konfrontieren lassen mit der Perspektive von denen aus den Trakten. Mit ihrem Blick auf diese Verhältnisse und auf ihre Geschichte. In der persönlich-politischen Bilanz des langjährigen Gefangenen aus der Bewegung 2. Juni, Klaus Viehmann („... zu mehr in der Lage“, geschrieben für das Pizza/Odranoel-Projekt) habe ich einige präzise Versuche gefunden, linke Geschichte auf ihre Relevanz außerhalb des „Ghettos“ hin zu befragen. Material, das es mir ermöglicht hat, die erwähnte kritische Distanz zum kommunitären Wohnprojekt einzunehmen, und das die nachfolgenden Überlegungen beeinflusst hat.

Für mich bemerkenswert die Stelle, wo vom „eigenen stummen Zwang der Verhältnisse“ die Rede ist, durch den die Linke an die BRD-Entwicklung gefesselt bleibt (Viehmann 1992, 167f). Sie diene mir als „Prüfstein“, mich auf die kritische Reise ins Kommuneleben zu begeben.

Prüfsteine

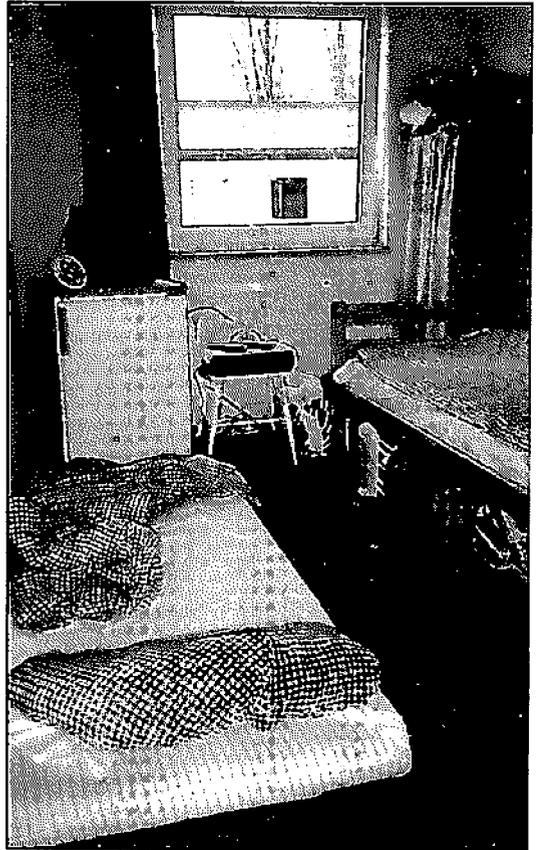
„Welcher Klasse gehört die Linke in der BRD an? Welches Geschlecht hat sie? Welche Hautfarbe? Welche Nationalität?“ (ebd.)

Prüfsteine, die schnell zu Stolpersteinen werden können für allzu illusionäre Selbsteinschätzungen. Der unpräzise visionäre Zungenschlag in Parolen wie „anders leben – anders arbeiten“ gefällt mir nicht besonders. Also, Klaus, deine Prüfsteine jetzt einmal angewendet auf die Lebenswirklichkeit meiner ‚Kommune‘. Beginnen wir mit der Stadt und dem Reichtum.

„Geboren in der Metropole, waren die Linken vor absoluter Verelendung weitgehend geschützt. Fragen der materiellen Produktion stehen sie deshalb ganz anders gegenüber als beispielsweise Linke in einem Land, in dem es überhaupt keine Garantie des Überlebensminimums gibt.“ (ebd.)

Das trifft so zu. Zumindest, wenn mensch den Metropolenbegriff ausweitet bis zu den westdeutschen Kleinstädten. Denn nicht alle von uns kommen ursprünglich aus der Stadt. Aber ich denke, so ist er ja gemeint, im Verhältnis zur Armut in globalem Maßstab. Bei uns schaut der Wohlstand mittlerweile, – 1981 war das noch nicht so offensichtlich –, aus allen Ecken unseres renovierten Gemäuers.

Weiter: „Nicht in den Fabriken entstanden, nicht von ArbeiterInnen gegründet, gab es eigentlich nur individuelle Lebensgeschichten,



Wohnraum für zwei Erwachsene

die von der Fabrik zur Linken führten. Die meisten stehen den produktiven Burgen des Kapitals äußerlich gegenüber.“ (ebd.)

Für die Mehrzahl von uns werde ich dir zustimmen. Wir sind unverkennbar homogen, ein Studierenden-Hausprojekt, unserer Sozialstruktur nach. Der Glaser und die Tischlerin, die Restaurateurin und die Arbeitslosen lassen sich an einer Hand abzählen. Allerdings heißt das nun nicht, daß die privilegierten Lebenssituationen die Regel sind. Zumal sich der Arbeitsmarkt gerade deutlich umwandelt. Viele der Studierenden in unserem Haus sind weiter denn je vom „Karrieremachen“ entfernt, halten sich mit Jobberei über Wasser. Und noch eines: Hinter der Wertschätzung, die du für mein Ohr dem Faktor „Fabrik“ beimißt, würde ich ein großes Fragezeichen setzen. Zumindest weiß ich niemanden im Haus, die in derartigen Arbeitsverhältnissen ihre Brötchen verdienen möchten.

Als nächstes kommen wir zum „Geschlecht“: „Zu keiner Zeit wurde die Linke von Frauen an ihrer Spitze geführt, und Männer schleppten ihre Ansichten und Verhaltensweisen mit in alle Strukturen.“ (ebd.)

Stimmt genau. Wir Typen im Haus haben einiges an Ansichten und Verhaltensweisen über Bord zu werfen, wenn wir im Geschlechterstreit vorankommen wollen. Auf der anderen Seite haben die Frauen in unserer Gruppe entscheidende Akzente gesetzt und Vorgaben gemacht, die unseren Alltag als gemischtes Wohnprojekt geformt haben. Davon gleich noch mehr.

Dein letzter Prüfstein deckt sich mit meinem Interesse, mich im folgenden genauer mit rassistischen Bedingungen im Haus auseinanderzusetzen:

„Trotz ihres Internationalismus gab es keine ImmigrantInnen in ihren Reihen, obwohl seit 30 Jahren Millionen in der BRD leben. Abgesehen von gelegentlichen Anlässen und ein paar privaten Freundschaften blieben die deutschen Linken unter sich.“ (ebd.).

Freiräume – neu buchstabieren lernen

Womit ich nun beim Thema angelangt wäre. Die Ausgrenzung der MigrantInnen und die alltäglichen Rassismen in diesem Land färben auf unsere eigenen, erkämpften Strukturen ab. Aus den Freiräumen der frühen achtziger Jahre sind zum Teil mittlerweile Festungen gegen Flüchtlinge geworden. Unsere Freiräume wären dringend benötigte Fluchtburgen, damit den hierher Geflohenen wirksame Schutzräume geboten werden können, vor den Aufräumphantasien von Politikern und wildgewordenen Aktivbürgern innerhalb der Festung Europa.

Und was heißt überhaupt: Freiräume? Die Entwicklung hin zu einem offen rassistischen Alltag, im Gleichschritt mit den politisch durchsetzbaren Verschärfungen, die 1993 ihren vorläufigen Höhe-

punkt in der Abschaffung des Asylgrundrechtes erreichten und nunmehr eine fast lückenlose abgeschottete Festung gegen MigrantInnen zur Folge haben, diese Entwicklung läßt mich immer von neuem meinen „Freiraum“ in Frage stellen. Ich will Klarheit. Wo stehen wir? Wo steht unser Hausprojekt im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts? Wohin tendieren unsere Interessen und Lebensentwürfe in diesem linken Wohnprojekt? Auf die Seite der Ruhe und des Wohlstands, der sich selbst genug ist und keinen Blick riskiert über den eigenen Tellerrand, oder wohin?

Bisher laufen bei uns keine ausdrücklichen Kehrtwendungen gegen die bisherigen Einsichten. Niemand würde, glaube ich, von der Vorstellung, uns selbst und die Gesellschaft zu verändern, seinen oder ihren Abschied formulieren. Das emanzipatorische Projekt hat noch seine ausdrückliche Gültigkeit (immerhin besser als nix), aber was meint diese Sprechblase schon? Und wenn sie denn etwas echtes meinen sollte, bleibt die Frage, reicht das schon aus??? Der kritische Gedanke von Klaus Viehmann hilft doch eher wieder auf den Boden der Tatsachen – als Ausgangspunkt, von dem aus ich meine Kommune betrachten will:

„Je finanziell abgesicherter, je metropolitaner, je männlicher und je weißer eine Linke ist, desto weniger erfährt sie aus sich selbst heraus“. (ebd.)

Das alles trifft so in etwa auf unser Wohnprojekt und das Umfeld, in dem wir leben, zu. Entsprechend wenig erfahren wir aus uns selbst heraus über die Lebensbedingungen, die diese Gesellschaft mittlerweile prägen.

Wenn aber Flüchtlingslager und die massenhafte Diskriminierung von Menschen mindestens geduldet werden, dazu nazistisch-mörderische Gewalt gegen Flüchtlinge, gegen Frauen und gegen überhaupt alle, die nicht ins Bild des sogenannten anständigen Deutschen passen, dann – spätestens – werden wir „Freiraum“ und „Fluchtburg“, die uns liebgewordenen politischen Begriffe zur Kennzeichnung unserer Anstrengungen gegen das System, ganz neu buchstabieren lernen müssen: Im Angesicht der Lager in unserer Nachbarschaft.

Die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe formulierte das Problem 1992 nach den Ereignissen von Hoyerswerda: „Die Existenz dieser Lager, das Leben darin, die Vorstellungen der Flüchtlinge waren uns so fremd wie den allermeisten Deutschen auch. Und wieviele MigrantInnen kennen wir in unserem Alltag? Wieviele sind in unseren Lebenszusammenhängen? Der Blick auf die Glatzen verstellt den Blick auf die eigenen weißen Verhältnisse – autonome Verhältnisse, die weißer sind als jeder Sportverein.“ (L.U.P.U.S. 1992, 21)

Fragen über Fragen

Unsere ersten Aktionen in und mit dem Abbruchhaus, „hart an der Grenze“ (das hieß damals noch: an der Mauer) gelegen, genauso wie unsere Anstrengungen, Freiräume zu gestalten und gemeinsam als Großgruppe in so einem Projekt zu leben, in allem legten wir in meiner Erinnerung deutlich mehr Gewicht auf die Frage, in welche Richtung denn der Zug unseres Großgruppenalltags losdampfen sollte, – deutlich mehr als das heute der Fall ist. Unser Start war gekennzeichnet von Neugier und Offenheit füreinander – wir konnten uns eben zum Teil noch nicht. Verabredungen oder Gruppenentscheidungen wurden eher erstritten. Das Herz einzelner hing an Entschlüssen, und das sogenannte Konsensprinzip, das reine Statussymbol manchen Kollektivs, brachte unser Zusammenleben oft an den Rand des Scheiterns.

Dennoch: In diesem Wohnprojekt zu leben finde ich bis heute anregend, sowohl im sozialen wie im politischen Sinne. Es ist sicher das kontinuierlichste Projekt, in dem ich lebe und dabei erlebe, wieweit die abstrakten, politischen Themen (beispielsweise die Forderung nach herrschaftsfreiem Umgang; das Rollenverhalten zwischen den Geschlechtern aufzubrechen; gleiche Rechte für alle zu erstreiten; oder gegen die Leistungsideologie die Sicht auf die Bedürfnisse der Leute zu richten), inwieweit die also umzusetzen, d. h. einzulösen sind im Alltag und unter einem gemeinsamen Dach.

Zum geschlechtsspezifischen Rollenverhalten will ich an dieser Stelle betonen, daß die Zuspitzung politischer Analyse auf die Fragen der Organisierung von Wohnraum, von Hausarbeit, Beziehungs- und Reproduktionsarbeit, und dem Leben mit Kindern zuerst als frauenbewegte Absage an männliche Dominanz in allen Bereichen zu begreifen ist. Insofern, so meine ich, trägt unser gemischtgeschlechtlich organisiertes Wohnprojekt im Kern eher feministische Grundzüge. (Was auf keinen Fall dahin mißgedeutet werden darf, daß „wir Männer“ hier aus dem patriarchalen Schlamassel „raus wären“. Im Gegenteil! Wir bleiben und erweisen uns in vielen Alltagsfragen im Haus als die Macker und oft unfähig zu sozialer Kommunikation.)

Zu unseren „Errungenschaften“ gehören das wöchentliche Hausplenum – zeitweilig auch geschlechtergetrennt; der Versuch, Entscheidungen nicht gegen das Veto einzelner zu fällen; wir haben eine teilweise gemeinsame Kasse für alle, in die prozentual nach Einkommen eingezahlt wird (z.Zt. 18% pro Erwachsene); niemand hat einen Besitzanspruch auf einen bestimmten Wohnraum im Haus, aber gleichzeitig ein Recht auf ein einzelnes Zimmer. Das kann zu endlosen Umzugsdiskussionen und „Zimmertangos“ führen (wer kann mit wem „unmöglich“ Wand an Wand wohnen, wer muß oder will gerne gerade



jetzt eine bestimmte Person zur Zimmernachbarin haben, die aber noch zwei andere auf die Etage mitbringen würde, mit denen sie auch gerne zusammen wohnt usw...); wir haben eine Großküche für alle HausbewohnerInnen; und ich deutete es bereits an: als Ergebnis einer Initiative von Frauen wird die Haushaltsführung in Form von Männer- und Frauenwochen organisiert, die abwechselnd für Kochen, Einkaufen, Putzen zuständig sind; Gemeinschaftseinrichtungen (wie z.B. Kunstatelier, Holz- und Metallwerkstatt, Bücherei, Fotolabor, zwei Gruppenautos und Fetenraum) sind für alle zugänglich. Das alles wurde im Laufe der Jahre verabredet oder formal beschlossen. Es bildet die Basis für weitere Diskussionen, gerade auch dann, wenn mal wieder was nicht so klappt wie es soll.

In anderen Fragen waren die Antworten für uns viel schwerer zu finden, oder sie stehen bis heute auch noch schlicht aus! Wer ist wie weit, bspw. als kinderloser Mensch im Haus, für die mittlerweile sieben Kids bei uns (Tendenz steigend) verantwortlich? Die betreffenden Eltern oder alle anderen? Oder alle, die sich ausdrücklich dazu bereit erklären? Kann politische Arbeit außerhalb des Hauses genauso verabredet und delegiert werden wie die Organisierung des wöchentlichen Einkaufs? Und wenn ja, warum klappt es nicht! Oder nur, wenn zuvor Klarheit über bestimmte Themen gemeinsam erarbeitet wurde! Also dauernder Politstreß im Haus? Und was passiert, wenn sich welche verweigern, weil das „sowieso überhaupt nicht ihr Ding ist, zu diskutieren, oder der Straßenkampf echt nur anätzt?“ Ist Verantwortung zu übernehmen für unser Gemeinschaftseigentum oder für eine von allen verabredete Aufgabe wirklich im Laufe von Jahren zu erlernen? Wer jetzt einfach ja sagen würde, weiß nichts von kommunitären Großgruppenproblemen!

In wiederum anderen bestimmten Fragen gab es bei uns von Anfang an Spannungen und manchmal reichlich Zoff. Können Flüchtlinge bei uns wohnen, die notfalls auch gegen Behördenwillkür, Abschiebungsdrohungen oder anderweitige Pressionen sich verstecken müssen? Können sie unseren Freiraum als Fluchtburg nutzen? Genau so wie BesucherInnen aus dem Ausland, die auch über lange Zeiträume bei uns wohnen können. Auch bei GenossInnen aus der Szene war das Mitwohnen für einen längeren Zeitraum (Oft gehört: „Ich will überhaupt nicht fest bei Euch einziehen, nur...“) im Prinzip nie strittig.

Bei Menschen ohne deutschen Paß – sofern sie nicht aus dem benachbarten und dann meist westlich-kapitalistischen Ausland kamen, anlässlich internationaler Workcamps etwa, oder als TouristInnen oder Bekannte – war das strittig! Und wenn der Status des Aufenthaltes hier mit staatlich verordneten Komplikationen belastet erscheint, sind die Knackpunkte unserer Lebensform erreicht. Dann tauchen die be-

kannten Fragen auf, die als Problemanzeigen einzustufen sind. Kleine Auswahl gefällig?

„Wer kümmert(!) sich von uns darum(!)?“ — „Haben die solche Lebensgewohnheiten wie wir?“ — Wenn die Antwort nein lauten sollte:



„Kommen die überhaupt bei / mit uns klar?“ — Müssen die Frauen im Haus sich vor alleinstehenden Flüchtlingsmännern vorsehen? — Oder sich in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken? — Sollten deswegen nur Frauen oder Paare bei uns wohnen? — Können wir uns direkt verständigen in einer gemeinsamen Sprache? — Sollen bzw. wollen die mit uns zusammen essen? — Was ist, wenn die Behörden Streß machen? — Wer von uns geht mit zum Rechtsanwalt, zur Asylberatung oder zum Ermittlungsausschuß? — Wer macht mit in der Flüchtlingsunterstützerini oder geht zum Asylplennum? — Kennen sich welche mit dem ganzen Schreibkram oder der gerade aktuellen Rechtslage aus? — „Wer macht's?“

Fragen über Fragen! Nicht, daß das unwichtige Dinge sind, im Gegenteil! Sofern vielen von uns Asylberatungsarbeit nicht geläufig ist, sammeln wir ja nur durch sie hindurch unsere Erfahrungen. Und leichtfertiges Handeln schafft vielleicht den Leuten nur noch mehr Probleme an den Hals. Gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut! Auf der anderen Seite: Können diese

Vorab-Klärungen und Grundsatzfragen nicht auch Verhinderungen oder auch Verweigerungen von Hilfe bedeuten? Diese Rückfrage ist nach wie vor unangenehm. Von den falschen Leuten eingebracht (von denen mit dem politischen Anspruch im Haus zum Beispiel), ist sie sogar moralischer Abblocker von Gruppenprozessen. So bleiben Mißverständnisse. Und manchmal geht unsere Unentschiedenheit als Gruppe zu Lasten von anfragenden Leuten auf der Suche nach Unterstützung.

Aber ich will nicht nur andeuten, sondern drei Beispiele genauer beschreiben.

Abbild der Verhältnisse

Wir haben uns im Haus mehrmals zusammengesetzt und gemeinsam zurückgeschaut in die Entwicklungen der achtziger Jahre, um das folgende aufschreiben zu können. Zuerst ins Jahr 1985. Damals war die Linke in der Stadt an der Asylfrage aufgeschreckt worden. Nach dem Tode Cemal Altuns, einem Flüchtling, der im Sommer 1983 aus dem Fenster eines Gerichtssaals in den Tod sprang, und nach dem Drama in einem Berliner Abschiebeknast, bei dem zu Neujahr 1984 sechs Flüchtlinge verbrannten, organisierten die Asyl- und Flüchtlingsgruppen die Protestaktion Fluchtborg, um in der Öffentlichkeit eine Lobby gegen die Abschiebepolitik des Senats zu schaffen. Es wurden Wertgutscheine, die an Flüchtlinge an Stelle von Bargeld ausgegeben wurden, in Bargeld umgewechselt, und wir gingen anschließend selber und gemeinsam damit einkaufen, massenhaft und unübersehbar. Es gab in dieser Zeit immer wieder zeitlich befristete oder länderbezogene Abschiebestopps, aber genauso immer wieder neue Verordnungen, Aufhebungen von Beschlüssen, und: Leute verschwanden aus der Stadt per Beschluß, abgeholt im staatlichen Handstreich, durch Abschiebungen. Im Frühjahr 1985 in einem Monat allein 35 Abschiebungen in den Libanon. Heute klingt diese Zahl wenig – so haben wir uns ans massenhafte Deportieren von Menschen schon gewöhnt! Damals war es der sich ankündigende neudeutsche Rassismus, weit über zehn Jahre vor der Abschaffung des Asylgrundrechts!

Einer derjenigen, die damals so bedroht waren, ich will ihn an dieser Stelle Arthur nennen, strandete in einer sein Leben bedrohenden Lage bei uns im Haus. Er sollte endgültig in den Libanon zurück, war auch schon abgeschoben nach Beirut, kehrte aber zurück wegen seiner schwangeren Frau, die noch in Berlin auf den Entscheid ihres Asylbegehrens wartete. Arthur lebte illegal, tauchte bei den verschiedenen Asyl-Initiativen auf und versuchte auch, in den Wohnprojekten unterzukommen. Als er dann bei uns angekommen war, gab's erst mal ein Sonderplenium. Was nun tun? Können wir Zuflucht ermöglichen, Fluchtborg in seinem Fall sein? Fragen über Fragen! Siehe oben!

Schließlich faßten wir den Beschluß, ihm einen Raum im Haus herzurichten. Verabredungen wurden getroffen, wer sich verantwortlich kümmert, die Kontakte hält und in der Asylgruppe mitarbeitet. Der ganze Rechtskram war, wie immer im Ausländergesetz, nicht leicht zu durchblicken. Schließlich sollen ja Betroffene und RatgeberInnen abgeschreckt werden. Oft gehörte Reaktion: „Also, mit diesem Ämterscheiß, da kenn ich mich echt wenig aus!“

Das Mitwohnen bei uns hat Arthur nicht sehr behagt. Sprache und andere Dinge des täglichen Lebens waren für ihn nicht leicht durchschaubar. Als wir jetzt wieder darüber sprachen, sagte Antje: „Manch-

mal habe ich mich gewundert! Wir waren doch im gleichen Alter – und doch so unterschiedlich, was die Lebensentwürfe betrifft. Wie kann die Verständigung dann aussehen, außer über Banales zu reden.“ Und sie ergänzt: „Zu seiner Frau war der Kontakt noch schwerer. Nicht nur aufgrund von Sprachproblemen, sondern wohl auch wegen der sehr traditionellen Frauenrolle, in der sie lebt.“

Arthur war schnell wieder in einem der Flüchtlingslager, zusammen mit seiner Frau Gertrud und dem neugeborenen Kind, als es ihre Situation wieder risikoloser zuließ. Arthur hat jedoch bei unseren Bauarbeiten am Haus gegen Bezahlung gearbeitet, zu gleichem Lohn wie wir, in Zeiten, in denen er keinerlei Arbeit annehmen konnte. Wir haben probiert, zusammen zu feiern, haben mal Besuche verabredet, sowohl bei uns wie auch bei ihnen im Lager.

Nach über acht Jahren in Berlin hat Arthur mit seiner Familie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen können. Sie leben mit ihren Kindern im gleichen Stadtbezirk wie wir.

„Es ist mittlerweile einfacher geworden für mich, im Kontakt zu Arthur“, sagt Antje, „aber sie besuchen gehen? – Ich kriege es nur selten geregelt und umgekehrt er aber auch nicht.“ – „Obwohl es immer wieder den guten Vorsatz gibt“, ergänzt Wolle, „-wenn auch nur von wenigen-! Wir müßten ja mal wieder bei ihnen vorbeischauen.“

Eine Belastung für die Hausgruppe, das meint Antje, war Arthur nicht. „Der hat zielstrebig seine organisatorischen Probleme selbst in die Hand genommen.“

War Arthur mit uns, ja überhaupt in Berlin, noch glimpflich an Schlimmerem vorbeigeschrammt, so war ein anderer Libanese, der ab 1989 mit uns zusammenlebte, schon bei weitem ungelittener.

Der junge Mann, ich werde ihn Heinz nennen, ist dann 1992 von uns rausgeworfen worden! Im Unterschied zu Arthur hatte er lange Zeit ein Zimmer bei uns. Zu einer Zeit übrigens, als im Haus einige andere „InternationalistInnen“, das heißt Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Italien, für längere Zeit auf Besuch lebten, die studienhalber in Berlin waren oder wegen Sprachschulungen. Des weiteren war 1989 gerade jemand bei uns einquartiert, bis er eine eigene feste Wohnung in Berlin finden würde. Zu all den Genannten hat Heinz viel schneller Kontakte aufbauen können als zu uns. Sie bemühten sich auch um seine Eingewöhnungs-Probleme bei uns, sie begleiteten ihn auf die Ämter usw.. Unsere Neuen verstanden sich ganz gut, so schien es, und manchmal bildeten sie fast so etwas wie eine eigene kleine community, die mit besonderem Blick auf die „Etablierten“ des Hauses gucken konnte.

Manchmal habe ich den Eindruck, wenn mir sowas wieder bewußt wird, daß unser einheimisches Einfühlungsvermögen regelmäßig vor jeder Situation kapituliert, die nicht unsere eigene Befindlichkeit wie-

derholt. Ausnehmen will ich ausdrücklich die MedizinerInnen, die im Haus leben und die sich der gesundheitlichen Probleme von Heinz annahmen. Das bedeutete, Krankenkassenfragen zu klären, einen Operationsplatz zu besorgen und vieles mehr.

Heinz ging ansonsten seine eigenen Wege, nahm wenig an unserem Gruppenleben teil, lernte dabei schnell die Sprache, und die Frage tauchte unter uns auf, ob er nicht als Vollmitglied mit Rechten und Pflichten aufgenommen werden sollte!? Die Gruppe hat das im Plenum später abgelehnt. Und sie hat sich dadurch notwendigerweise die andere Seite des Themas „Beziehung“ eingehandelt: Wenn nicht auf gleichberechtigter Basis Kontakt möglich ist, dann in Form von einseitiger Abhängigkeit bzw. Fürsorge. Also war die Frage zu klären: Wer ist nun ansprechbar für die „Heinz-Frage“? Ein kleines Beispiel ist der ganze Ablauf schon, für die Art wie an bestimmten Weichenstellungen, gleich oder nicht gleich, die weitere Gestaltung einer Beziehung vorprogrammiert erscheint. Bei uns jedenfalls tauchten Konflikte auf, Störungen im normalen Umgang miteinander.

Wolle erzählt von einem Abend im Gemeinschaftsraum und erinnert sich: „Wir guckten zusammen mit Heinz ein Fotoalbum über das zerschossene Beirut an. Heinz zeigte uns anhand der Bilder, wo er gewohnt hatte. Er erzählte vom Alltag seiner Eltern, Geschwister und von seinem eigenen. Ein Alltag inmitten eines Krieges. Hier! Das ist die Universität, an der er studierte. Und da, die zerschossenen Scheiben der Uni nach einem Angriff. Alle mußten schnell in Deckung gehen, und danach ging die Vorlesung weiter.“

Langsam ließ sich ein Verstehen von seiner Lebenslage bei uns an. Vielleicht auch erst eine vage Ahnung. Aber Heinz war dann schnell bei seinem Alltag hier gelandet, sprach über uns. „Heinz erzählte von der zunehmenden Abneigung im Haus gegen ihn“, erinnert sich Wolle, „und wie er sich immer mehr vom Gemeinschaftsalltag zurückzog, was wiederum die Abneigung gegen ihn vergrößerte.“

Er sagt das so. Ohne Kommentar. Es ist verdammt schwer ranzukommen an die Ursachen von solchen Abläufen. Redet irgendwie niemand so richtig darüber. Und mit dem entlarvenden Pathos: „Da haben wir's also! Purer Rassismus“, kommt eher der Deckel auf einen Topf, als das die Soße darin mal beguckt würde.

Andere Baustelle: „Es gab Streß“, ergänzt Antje, „weil die Frauen im Haus davon hörten, daß Heinz seine Freundin mißhandeln würde und daß sie sich von ihm trennen wolle.“ Und wer, zum Beispiel von uns Männern im Haus, macht in so einem Fall den Schritt zur Klärung, spricht den Mann darauf an und eröffnet Möglichkeiten, aus einem Verhalten Konsequenzen zu ziehen? Wir schafften es nicht. Wir schafften es auch oft nicht, in unseren langjährigen Beziehungen, Männergruppen, Polit-AGs, an unseren eigenen sexistischen Festun-

gen zu rütteln. Und nun gegenüber einem ungelittenen Flüchtling im Haus? Fehlanzeige! Aber eine, die uns Männern auf die Füße fällt. Sexismus und Rassismus in trauter Eintracht! Wieder ein Deckel auf einen Topf?!

Heinz blieb noch und bemühte sich. „Einmal gab es Geschenke aus dem Libanon“, erzählt Antje. „von Heinz für uns. – War mir allerdings ein bißchen peinlich. Ich habe mich gefragt, womit wir das verdient haben!“

Das Ende war nah: „Schließlich hatten soviele Leute ‘schlechte Gefühle’ gegenüber Heinz“, erklärt Wolle, „daß wir ihm den Auszug nahelegten. Ich frage mich allerdings, wie es kommt, daß wir uns bei anderen so viel schwerer tun? Ging es leichter bei Heinz, weil er ja ausdrücklich nur ‘vorübergehend’ eingezogen war?“ Heinz ist zu einem Bekannten von uns in dessen Wohnung gezogen. Er hat weiterhin sporadischen Kontakt zu einigen von uns, über die auch Arbeitsvermittlungen für ihn gelaufen sind.

Die dritte Begegnung, von der ich berichten möchte, bezieht sich auf Konrad. Konrad haben wir im Frühjahr 1991 kennengelernt, als Heinz noch bei uns wohnte. Konrad war ein Nachbar von Heinz, im Libanon. Sie kommen ursprünglich aus dem gleichen Ort. Konrad kam als Student aus der Sowjetunion mit einem abgelaufenen Stipendium nach Berlin. Die Rückkehr in den Libanon war für ihn ausgeschlossen. Über die Asylberatung und über Heinz hat er von uns erfahren. Bekannte Prozeduren wiederholten sich. Konrad hatte nach meinem Empfinden zu Anfang Interesse, bei uns unterzukommen, denn seine Rechtslage zwischen Flüchtling und Student war unklar. Die Behörden schubsten ihn vom Asylrecht in den Stipendiatenstatus, dann wieder zurück, sein Aufenthalt in Berlin war mehr als unsicher, mal befristet, immer an der Grenze zur Abschiebung. Seine Situation im Lager in Berlin war zum Studieren denkbar ungeeignet. Er lebte mit einem weiteren Mitbewohner auf 10qm Wohnfläche. Und wieder die Frage, was tun? Wir verabredeten ein Essen bei uns. Er kam mit einem Freund und – bekochte uns!!

Nur wenige können sich noch düster an diesen Abend erinnern. Und düster muß er auch für Konrad gewesen sein. Danach verspürte er keinerlei Interesse mehr, bei uns einzuziehen. Wolle meint dazu: „Keine Ahnung, wo seine schlechten Gefühle uns gegenüber herrührten!“ Ein paar von uns sind mit ihm weiter in Kontakt geblieben, und es entwickelt sich vorsichtige Freundschaft. Es ist allerdings bisher dabei geblieben, daß sich Begegnungen immer außerhalb des Hauses abspielen. Konrad will es so und ist nicht bei uns eingezogen.



Befreite Gebiete? Schön und gut, aber für wen?

Soweit diese kurze Skizze, die hier fragmentarisch bleiben muß. In einer Tendenz zusammengefaßt, erscheint mir das folgende am aufschlußreichsten zu sein:

Im Ablauf von zehn Jahren unseres Wohnkollektivs haben wir mit einem Flüchtling, der in schwieriger Lage war, zusammengearbeitet. Spärliche Kontakte sind geblieben. Er lebt weiterhin in Berlin, mittlerweile legal. Mit einem weiteren Flüchtling haben wir später versucht zu wohnen, sind aber an uns selbst gescheitert. Er lebt weiterhin in Berlin, in der Grauzone, zeitweise illegal. Spärliche Kontakte sind geblieben. Der dritte junge Mann konnte erst garnicht bei uns einziehen, die dennoch freundschaftlichen Kontakte spielen sich außerhalb unserer Wohnung ab.

In der Abfolge dieses Prozesses bilden wir seit 1985 exakt die voranschreitende Ausgrenzung von Minderheiten in dieser Gesellschaft ab. Wir sind weit davon entfernt, gegenläufige Erfahrungen zu sammeln und so Widerstand zu erproben.

Vielleicht liegt es nun für manche, wenn sie bis hierher gelesen haben, auf der Hand, den moralischen Hammer über diesem linken „Freiraum-Projekt“ der achtziger Jahre zu schwingen. Demontage derjenigen, die dazu neigen, ansonsten von Aufbruch, vom „neuen Menschsein“ und von Utopien zu reden. Ich werde das an dieser Stelle nicht tun und auch nicht mit Polemiken meinen eigenen Anteil am

Zustandekommen dieser Situation übertünchen. Aber ich behaupte, daß wir uns in diesen zehn Jahren viel zu konform und defensiv im (anti-)rassistischen Alltagskampf bewegt haben. Daß wir dabei sicherlich nicht die Ausnahme bilden, belegen die oben zitierte L.U.P.U.S.-Analyse genauso wie der Blick hinter die Fassaden von Kollektiven, Betrieben und Kommunen hier in Berlin. Das macht die Situation natürlich nicht einfacher. Im Gegenteil rechtfertigt sie es, sich öffentlich so konkret wie möglich mit eigenen Erfahrungen zu Wort zu melden und Diskussionen untereinander zu initiieren. Mir persönlich fällt es darüber hinaus nach diesem Befund schwer, bezogen auf die eigene Lebenssituation und politische Praxis im Umfeld der Kommunen und Kollektive, weiterhin von den oft zitierten linken Utopien, nach denen wir leben wollen, zu sprechen, von den erkämpften Freiräumen und Gebieten, von der neuen Gesellschaft und den neuen Menschen. Alles beim alten! Befreiungs- und Emanzipationsprozesse, auch wenn sie subjektiv gewollt werden und propagandistisch auf die Fahnen geschrieben gehören, gestalten sich eben – wie hier ausgeführt – erheblich komplizierter. Es braucht einen langen Atem. Und im angestrebten permanenten Prozeß von Veränderung der Gesellschaft und der Menschen haben wir in unserem Haus derzeit keine Erfolgsmeldungen vorzuweisen.

Aber zurück zu der These, unsere Einmischungsversuche in den rassistischen Alltag seien zu konform und defensiv ausgefallen. Diese Kritik unterstellt, daß eine andere Praxis möglich ist oder möglich gemacht werden könnte. Natürlich wünsche ich mir persönlich, daß wir in unserem Hausprojekt (und nicht nur dort) mit der Methode der Bilanzierung zu veränderten und wirksameren Konzepten antirassistischer Arbeit finden. Allerdings: Rezepte liegen mir nicht vor. Aber am Einmischen in die Verhältnisse und gegen sie, und damit auch am Risiko, selber Fehler zu machen, will ich festhalten. Ganz im Sinne von Erich Frieds prägnantem und einfühlsamem Gedicht über die „Zeit“, in dem er am Schluß klarstellt:

„Wenn wir das Leben lieben/ können wir nicht ganz lieblos/ gegen diese unsere Zeit sein/ Wir müssen sie ja nicht genauso/ lassen, wie sie uns traf.“ (Fried 1988, S. 31)

Einmischen gegen den rassistischen Alltag braucht nicht zuletzt die Grundlage eines entwickelten antirassistischen Diskurses, in dem über Erfahrungen gesprochen wird, auch über Zielrichtungen politischer Arbeit und über ihre Nähe zu linker Utopie von Herrschaftsfreiheit und Überwindung der Ausbeutung nachgedacht wird. Zum Schluß können dann vielleicht auch praktische Handreichungen und Tips weitergegeben werden.

Unsere geschilderten Erfahrungen im Wohnprojekt lassen vielleicht die Nachfrage zu, ob nicht zu naiv von einer Projektion ausgegangen

wurde, die meinte, alle Menschen würden fraglos genauso gern wie wir in der Kommune leben. Und alle andersgearteten kulturellen und politischen Voraussetzungen der Einzelnen wären leicht und sogar undiskutiert zu überwinden.

Unberücksichtigt blieb auch, daß die meisten von uns auf der existentiell abgesicherten Seite der Gesellschaft ihren Platz haben und keineswegs zu den Opfern des herrschenden Systems zu zählen sind (allenfalls zu den Unzufriedenen). Hier liegt die Denkfalle einer undifferenziert angewandten Gleichheitsforderung offen zutage.

Auf der sozialen Ebene des Zusammenlebens ist die Option politischer Gleichheit zwar auch grundlegender Orientierungspunkt, der erst noch zu verwirklichen ist, aber hier, im Miteinanderleben, gilt es daraufhin, die Vielfältigkeit von Lebensumständen zu erfassen. Hier bedeutet die Konstruktion einer Homogenität aller KommunarInnen durchaus eine Verschleierung von real existierenden Unterschieden, die entweder überwunden werden sollten, soweit es um Opfer – Täter – Zusammenhänge geht, oder die letztlich akzeptiert und angenommen werden sollten, soweit es um kulturelle Autonomie und Identität geht. Diese beiden Ebenen des Kampfes um Gleichstellung wie auch der Akzeptanz von Vielfalt sollten nicht durcheinander geraten. Die antirassistische Praxis von KommunarInnen sollte sich also zuerst über den eigenen Zugang zu dieser Arbeit Klarheit verschaffen.

Ausgehend von unseren Erfahrungen könnte abschließend ein erster Katalog zusammengestellt werden, was zu tun wäre:

- * Kontakt aufnehmen mit antirassistischen Gruppen, vielleicht anfangen, dort kontinuierlich mitzuarbeiten.
- * Im Haus oder im sonstigen Kollektiv verabreden, wie und wieweit unterstützende Arbeit für Flüchtlinge von allen getragen werden kann.
- * Über die Grenzen des eigenen Eingreifens reden, auch über die Angst vorm Eingreifen.
- * Was spricht dagegen, sich in eine bestehende Telefonkette, bspw. eines antirassistischen Telefons, einzuhängen, und was spricht dafür?
- * Welche Kriterien sind wichtig, wenn Leute im eigenen Haus aufgenommen werden sollen?
- * Wer wäre in der Lage, Übernahme von Verantwortung, zeitliches Engagement von einzelnen auszugleichen? Verabredungen untereinander sind nötig, bevor (!!) eingegriffen werden soll/muß. Sie erleichtern eine zielgerichtete Praxis.

Wir haben in unserem Wohnprojekt Erfahrungen machen müssen, mit denen wir selber, aber noch mehr die zeitweilig mit uns lebenden Flüchtlinge bezüglich der Sehnsucht nach selbstbestimmtem Leben

im Regen stehen. Es ist also geboten, einmal innezuhalten und Bilanzen aufzumachen. Befreite Gebiete zu propagieren ist ja gut und schön, aber für wen soll das gelten? Wann verwandeln sich ehemals besetzte Räume und Häuser in erstarrte privilegierte Ghettos? Wenn ich innehalte, träume ich von befreiten Gebieten und unübersichtlichen Fluchtburgen, in denen alle BewohnerInnen nach ihren Bedürfnissen zum Zuge kommen und erstmal abgeschirmt vor staatlichen und rassistischen Übergriffen leben können. Kollektives Wohnen und Arbeiten schließt den Widerstand und die Subversion gegen die kaltmachenden Strukturen in der Gesellschaft und innerhalb der eigenen Projekte notwendig mit ein.

Verwendete Literatur

- Erich Fried (1988), Unverwundenes. Liebe, Trauer, Widersprüche. Gedichte, Berlin
- Geronimo (1990), Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen. Ein Abriß, Berlin / Amsterdam
- Wolfgang Kraushaar (1978), Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung, in: Autonomie oder Ghetto? Kontroversen über die Alternativbewegung, herausgegeben von Wolfgang Kraushaar, Frankfurt/M.
- L.U.P.U.S. (1992), Doitschprüfung, in: L.U.P.U.S. (Hrsg.), Geschichte, Rassismus und das Boot. Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse, Berlin / Amsterdam
- Karl-Ludwig Schibel (1985), Das alte Recht auf die neue Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte der Kommune seit dem Mittelalter, Frankfurt/M.
- Gunnar Seitz (1991), Anarchie und Kommune, in: Anarchismus heute. Positionen, herausgegeben von Hans-Jürgen Degen, Bösdorf
- Klaus Viehmann (1992), „... zu mehr in der Lage“, in: Odranoel. Die Linke zwischen den Welten, herausgegeben vom AutorInnenkollektiv PIZZA, Hamburg

